

Wirtschaftler

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

Unser Herz gehört der Steiermark

MARIO KUNASEK
Bundesminister für
Landesverteidigung
FPÖ-Landesparteiobmann

Die Politik von
SCHWARZ ROT

Versäumnisse
der steirischen
Landesregierung

Horrende Beratungs-
leistungen in der
Steiermark

Asylanten
verursachen enorme
Kosten

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Steirer!



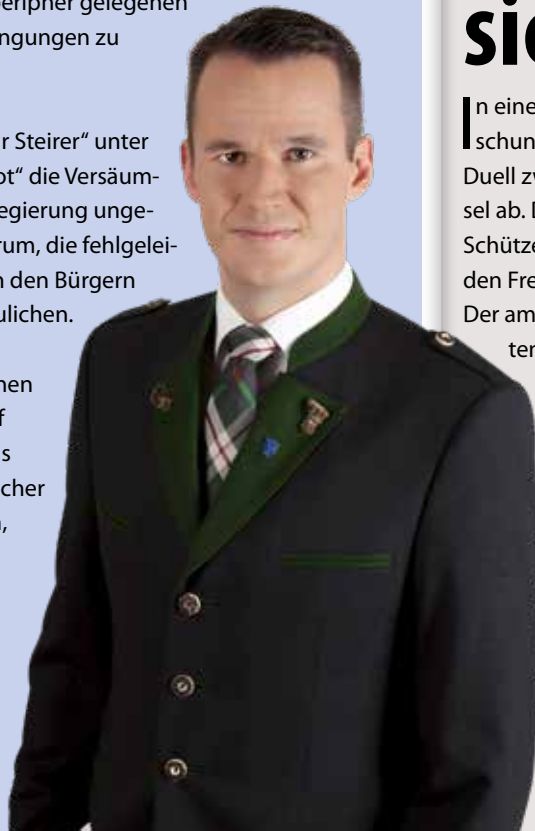
„Wir garantieren mehr Leistungen für die Versicherten durch erhebliche finanzielle Investitionen in den Ausbau der Versorgung durch Kassenärzte.“
(Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zur Reform des Sozialversicherungswesens)

In den vergangenen Wochen prägten vor allem die Diskussion über die sogenannte Gesundheitsreform und die Neuerungen im Bereich der Mindestsicherung die politischen Debatten in der Steiermark. Mit Beschluss der Bundesregierung, die Mindestsicherung österreichfreundlich zu gestalten, ist zweifelsohne ein großer Wurf gelungen. Während die türkis-blaue Koalition auf Bundesebene Reformen im Sinne der Bevölkerung einleitet, haben es sich die selbsternannten „Zukunftspartner“ in der Steiermark offenbar zum Ziel gesetzt, weiterhin bewährte Strukturen im ländlichen Raum zu zerstören und damit für die Menschen in peripher gelegenen Gebieten sukzessive die Lebensbedingungen zu verschlechtern.

Wir zeigen in dieser Ausgabe des „Wir Steirer“ unter dem Titel „Die Politik von Schwarz-Rot“ die Versäumnisse und Verfehlungen der Landesregierung ungeschönt auf. Es geht uns vor allem darum, die fehlgeleitete Politik dieser Stillstandskoalition den Bürgern möglichst transparent zu veranschaulichen.

Das Credo der steirischen Freiheitlichen als konstruktive Oppositionskraft auf Landesebene ist und bleibt jedenfalls das schonungslose Aufzeigen politischer Missstände und das aktive Bemühen, diese zu lösen.

Ihr
Mag. Stefan Hermann, MBL
Landtagsabgeordneter,
Landespartei sekretär und
Klubobmann des Freiheitlichen
Landtagsklubs

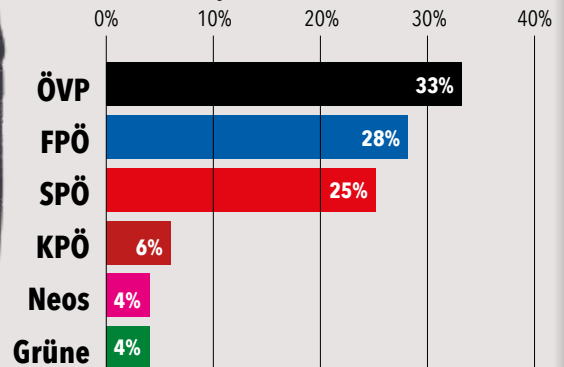


Landtagswahl-Umfrage:

Schwarz-Blaues Duell zeichnet sich ab!

In einer aktuellen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts OGM zeichnet sich in der Steiermark ein Duell zwischen FPÖ und ÖVP um den Landeshauptmannsessel ab. Derzeit liegt die Steirische Volkspartei mit Hermann Schützenhöfer in den Umfragen noch vorne, dicht gefolgt von den Freiheitlichen mit Landesparteiobmann Mario Kunasek. Der amtierende Verteidigungsminister erfährt in der gesamten Grünen Mark enormen Zuspruch. Zunehmend an Boden verliert hingegen die SPÖ mit ihrem weithin glücklos agierenden Chef Michael Schickhofer.

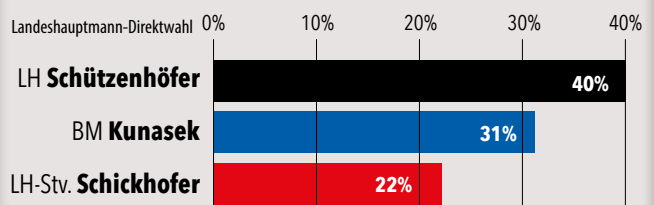
So würden die Steirer am Sonntag wählen...



Inhalt

	Seite
Interview mit Heinz-Christian Strache	4-5
Bundesregierung macht Schluss mit rotem Mindestsicherungs-Teppich für Asylanten!	6-7
Externe Beratungsleistungen verursachen erneut Kosten in Millionenhöhe!	8-9
Auslaufmodell Sonderschule?	10
Die Politik von SCHWARZ-ROT Versäumnisse der steirischen Landesregierung	11-14
Brennpunkt Krankenhaus: Hunderte Übergriffe auf Personal	15
Aktuelles aus dem steirischen Kulturforum	16-17
RFJ: Steirische Jugend steht auf Politik	18
Freiheitliche sammelten über 2.500 Kilogramm Tierfutter!	19

Der rote LH-Stv. würde auch bei einer Landeshauptmann-Direktwahl lediglich auf dem abgeschlagenen dritten Platz rangieren. In die völlige politische Bedeutungslosigkeit haben sich in den vergangenen Monaten die Grünen katapultiert. Laut den vorliegenden Befragungsergebnissen muss die ehemalige Ökopartei selbst um den Einzug in den steiermärkischen Landtag bangen.



Quelle Umfragen: OGM

IMPRESSUM

Herausgeber: FPÖ Steiermark, Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz, Tel.: 03167072258, E-Mail: wirsteirer@fpoe-stmk.at
Redaktionsleitung: Mag. Stefan Hermann, MBL, wirsteirer@fpoe-stmk.at

Produktion und Konzeption: Promedia, 8010 Graz, Waltendorfer Hauptstraße 109c
Layout und Grafik: Christian Wallner, 8041 Graz, Leberackerweg 1, www.wallner-media.at
Druck & Vertrieb: redmail Logistik & Zustellservice, 8010 Graz



TOP: Verteidigungsminister Mario Kunasek verbannt das Binnen-I aus dem Bundesheer.



FLOP: In der Justizanstalt Graz-Jakomini kommen Jihadisten in den Genuss einer Klangschaalen-Therapie.



„Unser Herz gehört der Steiermark!“



Unter dem Titel „Unser Herz gehört der Steiermark“ startete die FPÖ im Mai eine neue steiermarkweite Kampagne mit Landesparteiobmann Mario Kunasek. Die Themenschwerpunkte umfassen Familie, Jugend, Senioren und Sicherheit. Diese vier Bereiche sind wesentliche gesellschaftliche Grundpfeiler des sozialen Zusammenlebens. Die Anliegen der Jugend sind genauso wahr-

zunehmen wie jene der älteren Generation. Insbesondere den heimischen Familien muss ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Sicherheit als grundlegendes Bedürfnis der Bevölkerung ist seit jeher eines der zentralen Anliegen der Freiheitlichen. Das wichtigste Bestreben ist es, Sicherheit zu gewährleisten und die Steiermark als lebenswerte Heimat zu erhalten. Dafür bedarf es verantwortungsvol-

ler politischer Arbeit, die sich sowohl an den Wünschen der Jugend als auch an jenen der älteren Generation orientiert. Erklärtes Ziel der FPÖ ist es, die Heimat, ihre Kultur und Werte zu schützen.

Diese inhaltlichen Leitlinien freiheitlicher Politik sollen auch mittels der Kampagne steiermarkweit intensiv kommuniziert werden.





Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport! Wie erlebten Sie die ersten Wochen im neuen Amt?

Strache: Natürlich stellt der Wechsel von der Oppositionsarbeit hin zur Übernahme von Regierungsverantwortung eine große Veränderung dar und bedeutet eine Umstellung. Nicht nur für mich persönlich, sondern auch für meine Mitarbeiter, bei denen ich mich für ihren Einsatz bedanken möchte. Die ersten Wochen waren mit dem Bezug der neuen Büroräumlichkeiten und dem Einarbeiten in die neuen Aufgaben durchaus spannend. Ich habe mich jedoch sehr bald an die neuen Abläufe

gewöhnt und festgestellt, dass die wesentliche Herausforderung ja dieselbe geblieben ist: Die Arbeit zum Wohl für unser schönes Land und die Menschen.

Wir Steirer: Welche konkreten Herausforderungen bringt das Amt des Vizekanzlers mit sich?

Strache: Die Herausforderung besteht darin, als Minister das operative Tagesgeschäft meines Ressorts für öffentlichen Dienst und Sport zu führen und daneben als Vizekanzler gemeinsam mit dem Bundeskanzler für die Koordination der Regierungsmitglieder verantwortlich zu sein. Außerdem sind der Herr

Bundeskanzler und ich für Repräsentationsaufgaben zuständig.

Wir Steirer: Welche „heißen Eisen“ kommen auf Österreich im Zuge des Ratsvorsitzes der Europäischen Union zu?

Strache: Neben den Gesprächen mit Großbritannien über den Austritt aus der EU (Brexit) sind vor allem die zähen Verhandlungen um die künftigen Beitragsleistungen der Mitgliedsländer ein wesentlicher Punkt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese nicht steigen. Aber auch das Thema Migration und wie die EU hinkünftig damit umgehen soll, wird die nächsten Monate bestimmen.

(Vizekanzler und Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport)

Die österreichische Bundesregierung hat hier eine klare Sichtweise und das Ziel, illegale Migration in unser Staatsgebiet zu verhindern.

„Die österreichische Bundesregierung hat hier eine klare Sichtweise und das Ziel, illegale Migration in unser Staatsgebiet zu verhindern.“

Neben nationalen Grenzkontrollen ist aber auch die Sicherung der EU-Außengrenzen eine wesentliche Herausforderung.

Daneben werden auch die Arbeitsmarktsituation

innerhalb der Union, faire Regeln sowie der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping wichtige Themen sein. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein wichtiges Instrument der EU, aber die Anzahl der entsendeten Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt steigt jährlich an – zu Lasten unserer heimischen Arbeitnehmer. Hier wird es Aufgabe unseres Vorsitzes sein, wieder ein entsprechendes Gleichgewicht herzustellen.

Wir Steirer: Der Ratsvorsitz steht unter dem Motto „Europa, das schützt“. Welche konkreten Angelegenheiten werden in Angriff genommen?

Strache: Ein funktionierender Schutz der EU-Außengrenzen sowie der Kampf gegen illegale Migration, organisierte Kriminalität und Terrorismus sind ganz zentrale Themen des Ratsvorsitzes. Die Migrationskrise von 2015, wodurch die Steiermark massiv betroffen war, darf sich auf keinen Fall wiederholen. Wir Freiheitliche bekennen uns zum „Europäischen Friedensprojekt“, aber es muss erlaubt sein, weiterhin Kritik an Fehlentwicklungen in der EU zu üben. Unsere Position ist klar: Wir sind für ein föderales und subsidiäres Europa der Vaterländer und lehnen zentralistische Entwicklungen ab.

Wir Steirer: Wo liegt Ihre inhaltliche Zielsetzung als Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport?



Strache: Im Bereich des öffentlichen Dienstes geht es mir darum, die Rahmenbedingungen für eine moderne, effiziente, bürgernahe und transparente Bundesverwaltung sicherzustellen. Dafür braucht es gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine entsprechende Ausgestaltung von Personalrekrutierung und Personalsteuerung, des Dienstrechts und der Fortbildung. Als Sportminister ist eine treffsichere und wirkungsvolle Förderung des Spitzen- und Breitensports mein Ziel.

Erfolge unserer Spitzenathleten fördern die Identifikation mit unserer Heimat und ermuntern die Menschen, selbst auch Sport zu betreiben. Mehr Sport hat enorme positive Auswirkungen auf unsere Gesundheit und Lebensqualität.

Wir Steirer: Welche konkreten Akzente setzen Sie als Sportminister im Bereich der Förderung allgemein sowie speziell in der Nachwuchsförderung?

Strache: Im Rahmen der „Sport-Strategie Austria“ möchte ich die heimische Sportförderung auf eine vollkommen neue Grundlage stellen. Die neue Förderstrategie zielt darauf ab, alle Akteure auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene miteinzubeziehen, damit die Gelder wirklich bei den Sportlerinnen und Sportlern

ankommen. Mit den Aktionen „Kinder gesund bewegen“ und „Tägliche Bewegungs- und Sporteinheit“ decken wir im Nachwuchsbereich die Altersstufen vom ersten Kindergartenjahr bis zum Ende der Volksschule ab. Mit über acht Millionen Euro finanzieren

wir 2.700 „Bewegungs-Coaches“ und wollen so schon die Kleinsten für den Sport begeistern, was langfristig wiederum positive Auswirkungen auf den Leistungssport hat. Denn ohne Breitensport gibt es keinen Spitzensport.

„Als Sportminister ist eine treffsichere und wirkungsvolle Förderung des Spitzen- und Breitensports mein Ziel.“

Wir Steirer: Abschließend erlauben Sie uns noch die Frage, wie sich allgemein die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in der neuen Regierung gestaltet?

Strache: Ich glaube, der neue Geist und frische Wind, den wir Freiheitliche in die Regierung bringen, trägt enorm zu einem positiven Klima und einem kollegialen Miteinander bei. Es ist eine Koalition auf Augenhöhe, die konstruktiv zusammenarbeitet. Im Vergleich zur Vorgängerregierung, die von Stillstand und gegenseitigen Blockaden geprägt war, kann sich unsere Bilanz schon nach den ersten Monaten sehen lassen.

Wir setzen laufend unsere Wahlversprechen um, sei es beispielsweise die Entlastung unserer Familien (Familienbonus), mehr Gerechtigkeit bei den Pensionen (Mindestpension), ein strengeres Fremdenrecht oder auch die Personalaufstockung der Polizei.

Wir Steirer: Wir danken für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!

Bundesregierung macht Schluss mit rotem Mindestsicherungs-Teppich für Asylanten!



Türkis-blaue Regierung legt Eckpunkte fest damit gescheiterte SPÖ-Modelle bald der Vergangenheit angehören!

Nachdem sich die Bundesländer jahrelang nicht auf ein einheitliches Modell einigen konnten und vor allem die SPÖ in der Steiermark und in Wien den Geldhahn für Asylanten und Zuwanderer aus aller Herren Länder nicht abdrehen wollte, legte die Bundesregierung ein österreichfreundliches Konzept vor. So sollen anerkannte Flüchtlinge und Migranten mit schlechten Deutschkenntnissen, die noch nie ins System eingezahlt haben, nur noch 563 und damit um 300 Euro weniger als steuerzahlende Staatsbürger erhalten. Mit dem neuen Modell wird Österreich an Attraktivität für

ausländische Sozialtouristen deutlich verlieren. Die steirischen Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit einer Neuordnung dieser Sozialleistung, um sie langfristig finanzierbar zu machen. Die Bundesregierung plant neben den massiven Kürzungen für frisch Zugewanderte und Asylanten eine deutliche Besserstellung von Alleinerziehern in Österreich. Menschen, die jahre-

lang ihren Beitrag geleistet haben, sollen klar finanziell bessergestellt werden. Damit sorgt die FPÖ für mehr Fairness für Österreicher und löst eines ihrer zentralen Wahlversprechen ein. SPÖ-Mindestsicherungslandesrätin Doris Kampus hat mit ihrer Politik der offenen Grenzen, wo jedem Zuwanderer der rote Teppich ausgerollt worden war, jedenfalls ausgedient.

Mindestsicherung 2017:

27.784 Personen bezogen Mindestsicherung, davon waren bereits 11.384 keine Österreicher, das ergibt 41 Prozent. Die Gesamtkosten sind nach wie vor auf einem extrem hohen Niveau, 2017 machten sie rund 69 Millionen Euro aus.

Um 3.709 Österreicher sank die Zahl der Bezieher, bei den Ausländern stieg sie um 2.797 Personen.

Im Dezember 2017 gab es 4.628 vollunterstützte Bezieher (monatlich 863,04 Euro). Davon waren 2.687 Personen und somit 58 Prozent Ausländer. Nur für diese entstanden im Dezember Kosten von 2,32 Millionen Euro, was eine unfassbare Summe von rund 77.300 Euro pro Tag ergibt.

Vor allem bei der hohen Zahl an jugendlichen asylberechtigten Beziehern zeichnet sich offenbar bereits in jungen Jahren der Weg in unser Sozialsystem ab. So stieg die Zahl der Bezieher um fast 225 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



Interview mit
LAbg. Marco Triller, BA
(Sozialsprecher der FPÖ Steiermark)



Asylanten kosteten der Steiermark 2017 rund 75 Millionen Euro!



Steirer müssen für „Willkommenskultur“ und offene Grenzen einen hohen Preis bezahlen.

Das steirische Asylwesen ist mit 75 Millionen Euro an Gesamtkosten für das Jahr 2017 nach wie vor ein finanzielles Loch ohne Boden. Trotz aller Warnungen vor einer weiteren Asylantenwelle über den Balkan zeigt man sich in der Steiermark äußerst spendierfreudig. So werden seitens der Asyllandesrätin Doris Kampus regelmäßig neue Asylheime eröffnet, um die Wohnverhältnisse sowie die Qualität der Betreuung zu erhöhen. Wenn es sich um Asylanten aus aller Herren Länder handelt, kennt das Mitgefühl offenbar keine Grenzen. Gespart wird dafür bei den autochthonen Landsleuten. Nicht zuletzt bemerkenswert ist der Umstand, dass sich unter den Asylwerbern nur 33 Prozent Frauen befinden. Damit wird das „Asylmärchen aus tausend-

undeiner Nacht“, nämlich das flüchtender Familien, einmal mehr widerlegt und bewiesen, dass man die falschen, nämlich junge und meist unausgebildete Männer, ins Land geholt hat, die dem heimischen Steuerzahler noch jahrzehntelang auf der Tasche liegen werden.

Das von Innenminister Herbert Kickl vorgelegte Fremdenrechtspaket und die konsequente Abschiebepaxis wird den jahrelangen Versäumnissen im Asylbereich entgegenwirken. Besonderes Augenmerk muss auf die Abschiebung der vielen afghanischen „Asylwerber“ gelegt werden. Wie die Statistik zeigt, werden ohnehin weit über 50 Prozent der Asylanträge dieser Personengruppe negativ beschieden. Anstatt Unsummen für die meist aussichtslose Integration von vermeintlichen Flüchtlingen zu verschwenden, sollte sich die schwarz-rote Landesregierung endlich den bedürftigen Steirern widmen!

Asylwesen 2017:

Gesamtkosten 2017: Rund 75 Millionen. Somit betragen sie immer noch ein dreifaches des Werts von 2014 und ein vierfaches von 2011.

Die Caritas erhielt für „Regionalbetreuung“ rund 4,4 Millionen Euro, 2016 waren es rund 5 Millionen Euro.

Rund 6.750 Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung (April 2018) in der Grundversorgung, davon waren nur 33,7 Prozent weiblich.

53,2 Prozent der steirischen Asylwerber sind Afghanen.

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Die Bundesregierung hat ein neues Modell der Mindestsicherung präsentiert. Als Sozialsprecher der FPÖ dürften Sie damit hochzufrieden sein?

Triller: Den Reformbedarf im Bereich der Mindestsicherung hätte selbst der verträumteste Sozialromantiker schon längst erkennen müssen. Die steirische Landesregierung hat mit ihrer jahrelangen Untätigkeit die Maßnahmen der Bundesregierung notwendig gemacht. Es war höchst an der Zeit, weltfremden Konzepten eine Abfuhr zu erteilen und die Leistungen für Zuwanderer weitestgehend zurückzufahren.

Wir Steirer: SPÖ-Landesrätin Doris Kampus wird entgegnet, dass gerade ihr „steirisches“ Modell die Lösung schlechthin gewesen wäre.

Triller: Landesrätin Kampus hatte jahrelang Zeit, ihr eigenes, im Regierungsprogramm festgeschriebenes Ziel, nämlich den Unterschied zwischen Erwerbseinkommen und der Mindestsicherung wesentlich zu verbessern, zu verwirklichen. De facto ist drei Jahre lang nichts passiert. Wir machen jetzt Schluss mit dieser Ungerechtigkeit!

Wir Steirer: Welche Neuerung der Bundesregierung möchten Sie besonders hervorheben?

Triller: Wenn Menschen neu ins Sozialsystem kommen, dürfen sie nicht das gleiche erhalten wie jene, die hier seit Jahrzehnten leben und eingezahlt haben. Nun reduzieren wir den Anreiz für Sozialtouristen aus aller Herren Länder und stellen gleichzeitig sicher, dass unsere Österreicher und Alleinerzieher endlich bessergestellt werden.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Externe Beratungsleistungen ver erneut Kosten in Millionenhöhe!

In der allgemeinen Verwaltung und den ausgliederten Dienststellen des Landes Steiermark sind in etwa 22.700 Personen beschäftigt. Trotz dieser hohen Anzahl an Landesbediensteten ist die Grüne Mark in bestimmten Fällen auf externe Berater angewiesen.

Als klassische Beispiele können Rechts- oder Steuerberatungsauskünfte, aber auch technische und wissenschaftliche Fachexpertisen genannt werden. Um nachzuprüfen, inwieweit die schwarz-rote Landesregierung bei der Inanspruchnahme dieser Leistungen sorgsam mit den Geldern der heimischen Steuerzahler umgegangen ist, haben die steirischen Freiheitlichen bereits im letzten Jahr entsprechende Anfragen gestellt.

Anfragenserie der FPÖ brachte enorme Ausgaben zu Tage

Im Zeitraum von 16. Juni 2015 bis 31. Dezember 2016 wurden mehr als 5,7 Millionen Euro für Beratungsleistungen aufgewandt. Viele der eingeholten Expertisen haben auch aus freiheitlicher Sicht durchaus ihre Berechtigung. Da das Land Steiermark selbst über sehr viele gut ausgebildete und hochqualifizierte Fachexperten verfügt, geht diese teils großzügige Vergabe durch die steirischen Landesräte jedoch eindeutig zu weit. Die FPÖ nahm die enormen Ausgaben aber nicht nur zum Anlass für Kritik, sondern setzte sich auch für Maßnahmen ein, die einen sparsameren Einsatz von Steuergeldern ermöglichen sollen.

Landesregierung bevorzugt Intransparenz

So haben die steirischen Freiheitlichen bereits mehrmals gefordert, dass die Landesregierung zu Beginn eines jeden Jahres von sich aus im Rahmen eines Berichtes an den Landtag offenlegt, von welchen privaten Unternehmen das Land Steiermark im Vorjahr externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen hat. Darüber hinaus soll in dem Bericht auch ausgeführt werden, warum diese Ausgaben notwendig waren und in welchen Bereichen Kosteneinsparungsmöglichkeiten bestehen. Leider sind ÖVP und SPÖ jedoch nicht zu einer derartigen Offenlegung bereit.

Halbzeitanalyse bei externen Beratungsleistungen*



LH Schützenhöfer
€ 1.294.268,66



LH-Stv. Schickhofer
€ 525.238,84



LR Drexler
€ 2.483.952,55



LR Buchmann/LR Eibinger-Miedl
€ 384.835,09



LR Lang
€ 3.414.067,41



LR Kampus
€ 404.708,50

* Kosten für die Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen durch die Ressorts der jeweiligen Regierungsmitglieder im Zeitraum von 16. Juni 2015 bis 31. Dezember 2017

ursachen

Eine bürgernahe und transparente Landesverwaltung würde eigentlich erfordern, dass die Regierung nicht nur aufgrund schriftlicher Anfragen der Opposition, sondern von sich aus Auskunft über die Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen gibt. Schließlich haben die Steirer ein Recht darauf, über die Verwendung ihrer Steuergelder bestmöglich informiert zu werden.

Keine Anzeichen für ein Bekenntnis zur Sparsamkeit

Eine neuerliche Anfrage der FPÖ über die Kosten für externe Beratungsleistungen im Jahr 2017 zeigt, dass die schwarz-rote Landesregierung nicht nur kein Interesse an Transparenz, sondern auch kein Interesse am Sparen hat. Anstatt die Ausgaben zu reduzieren, wurden erneut Millionen aufgewandt, konkret waren es im vergangenen Jahr rund 3,9 Millionen Euro.



LR Seitinger
€ 264.900,64



LR Lackner
€ 856.236,26

Kommentar LAbg. DI Gerald Deutschmann (Budgetsprecher der FPÖ Steiermark)



Deutschmann:
„Es geht uns darum, einen bewussteren Einsatz von Steuermitteln zu erreichen.“

Die einzelnen Ressorts der steirischen Regierungsmitglieder sind beim Bezug bzw. der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen prinzipiell eigenverantwortlich, weshalb ihnen auch ein hohes Maß an Verantwortung zukommt. Aus Rücksicht auf die heimischen Steuerzahler ist es unbedingt erforderlich, dass Verträge mit privaten Beratungsunternehmen nur abgeschlossen werden, wenn dies unbedingt erforderlich ist. Außerdem muss die Auswahl der Unternehmen nach objektiven Kriterien erfolgen.

Für uns als Opposition besteht zwar die Möglichkeit, mittels Anfragen um die Offenlegung aller bezogener Beratungsleistungen zu ersuchen, allerdings sind wir dabei auf die Auskunftsfreudigkeit der Landesregierung angewiesen. Zumindest konnten wir auf diese Weise dafür sorgen, dass die Bürger über die seit Juni 2015 entstandenen Kosten aufgeklärt wurden. Wünschenswert wäre allerdings, wenn

auch eine Auseinandersetzung mit den Gründen der Beauftragung, deren Notwendigkeit und möglichen Einsparungspotentialen erfolgen würde.

Genau eine solche Auseinandersetzung wollen wir erreichen, wenn wir von den Regierungsmitgliedern eine jährliche Berichterstattung über die externen Beratungsleistungen fordern. Es geht uns darum, einen bewussteren Einsatz von Steuermitteln zu erreichen und Vergaben an undurchsichtige Beratungsfirmen oder Zuwendungen an parteinahe Unternehmen zu verhindern.

Doch auch wenn unserer Forderung nach Offenlegung nicht nachgekommen wird, werden wir selbstverständlich nicht lockerlassen und weiterhin die Spendierfreudigkeit der schwarz-roten Landesregierung mittels Anfragen überprüfen. Vielleicht gelingt es uns auf diesem Weg, das nötige Bewusstsein zur Sparsamkeit zu wecken.

Die SPÖ und ihr unredlicher Kampf gegen die Sonderschule

Auslaufmodell Sonderschule?

Die abgewählte rot-schwarze Bundesregierung plante im Zuge ihrer vielfach kritisierten Bildungsreform Sonderschulen bis zum Jahr 2020 zu einem Auslaufmodell werden zu lassen. Dieses Konzept wurde und wird auch von der Steiermärkischen Landesregierung unterstützt. Nach wie vor wird an der Umsetzung einer „Inklusiven Modellregion“ gearbeitet, deren Ziel es ist, Sondereinrichtungen auslaufen zu lassen. Allen voran verteidigt die rote Bildungslandesrätin Ursula Lackner ihren eingeschlagenen Weg

zur ausschließlich „inkluisiven Betreuung“. Dies steht jedoch konträr zum Vorhaben der türkis-blauen Bundesregierung, Sonderschulen zu erhalten und das Sonderschulwesen zu stärken.

Schließungswut der Landesregierung

Im Rahmen der rot-schwarzen Bildungsreform im Jahr 2017 wurde die Abschaffung der Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik beschlossen, die an Sonderschulstandor-

ten eingegliedert sind und wichtige Leistungen für die sonderpädagogische Betreuung erbringen. Obwohl SPÖ-Landesrätin Lackner nach der letzten Schulschließungswelle versicherte, keine weiteren Einrichtungen mehr zu schließen, wurden vergangenes Jahr sechs Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik aufgelassen. Dies verdeutlicht die Schließungs- und Zusammenlegungswut der steirischen Unvernunftskoalition.

In der Steiermark gibt es derzeit 21 Sonderschulen, in denen Kinder mit teilweise schweren und mehrfachen Behinderungen beschult und betreut werden. Viele Eltern von Kindern mit Behinderung fürchten nun, dass diese im gemeinsamen Unterricht mit Schülern ohne speziellen Förderbedarf zu kurz kommen könnten. Durch die Ausdünnung der Sonderschulstandorte in der Steiermark mehren sich nämlich die Bedenken, dass die qualitätsvolle und individuelle Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Sondereinrichtungen bald der Vergangenheit angehören wird.

Aufrechterhaltung der Sonderschulen

Kinder, die dem Regelunterricht folgen können und für die eine inklusive Schule in Frage kommt, sollen natürlich die Möglichkeit haben, eine solche auch zu besuchen. Jedoch sind leider nicht alle Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Lage, eine Regelschule zu besuchen. Viele Kinder mit mehrfachen oder schweren Behinderungen haben einen so hohen Pflegeaufwand, dass diese mehr gepflegt als beschult werden müssen. Genau für diese Kinder muss der Besuch einer Sonderschule auch weiterhin möglich sein. Ziel muss es sein, Sonderschulen – entgegen dem bisherigen fehlgeleiteten Weg der schwarz-roten Landesregierung – zu erhalten und bestmöglich zu stärken.





Förderungswesen treibt immer seltsamere Blüten!

845 Millionen Euro für Förderungen

Exakt 844.911.839,15 Millionen Euro gab das Land Steiermark im Jahr 2017 für Förderungen unterschiedlichster Art aus. Die meisten Subventionen fließen in die Bereiche Energie, Wohnbau und Technik, Bildung und Gesellschaft sowie Gesundheit. Viele der Projekte sind sinnvoll und dringend notwendig. Allerdings werden auch fragwürdige Organisationen subventioniert, deren zugesicherte Unterstützungsleistungen keineswegs rechtfertigbar sind. Vor allem die enormen Steigerungen von Förderungen für Vereine im Integrations- und Genderbereich sind absolut nicht nachvollziehbar.

Millionenausgaben für Integration

Dass zig Millionen Euro alleine für Projekte im Bereich „Integration“ ausgeschüttet und damit vornehmlich Asylwerber gefördert wurden, ist ein Schlag ins Gesicht der steirischen Steuerzahler. Insbesondere Aus-

länderhilfsvereine wie „ISOP“, „ZEBRA“ oder das „Afro-Asiatische Institut“ profitieren von den großzügigen Unterstützungsleistungen der Steirischen Landesregierung. Auch im Genderbereich treibt das Förderungswesen immer seltsamere Blüten. So werden Vereine wie „MAFALDA“, „CHIALA“ oder „DANAIDA“ oftmals in immer höheren Ausmaßen subventioniert. Es muss festgehalten werden, dass man besser in die eigene Bevölkerung investieren sollte, anstatt Unsummen für die Integration von Asylwerbern auszugeben, die zum größten Teil wirkungslos verpuffen. Hier hat die Bundesregierung längst den Weg vorgegeben und bei solch fragwürdigen Förderungen umgehend den Sparstift angesetzt. Es ist bezeichnend für die verfehlte Politik der steirischen SPÖ und ÖVP, dass die Förderungen für vermeintliche Flüchtlinge offenbar keine budgetären Grenzen kennen. Integration ist in erster Linie eine Bringschuld und darf nicht ständig mit heimischem Steuergeld in Millionenhöhe subventioniert werden.

Durchforstung des schwarz-roten Förderdschungels dringend notwendig

Von der von ÖVP und SPÖ angekündigten Durchforstung der Förderungen fehlt jede Spur. Anstatt den schwarz-roten Förderdschungel auf sinn- und zwecklose Ausgaben zu durchforsten und tatsächliche Einsparungen zu erzielen, lagerte man die Zuschüsse an Landesgesellschaften einfach aus und suggerierte so eine nicht existente Ersparnis.

In Zeiten angespannter Budgets ist die richtige Prioritätensetzung ein Gebot der Stunde. Darum fordern die Freiheitlichen eine tiefgreifende Evaluierung aller Subventionen auf deren Sinnhaftigkeit und Mehrwehrt für die Steiermark sowie die Streichung sämtlicher Fördermittel für Projekte, welche ausschließlich Menschen zugutekommen, die unser Land wieder verlassen müssen und zudem nicht bereit sind, sich an unsere Werte anzupassen.



Schwarz-Rot halten schützende Hand über Bettelmafia

Massive Belästigung der steirischen Bevölkerung

Seit dem Anstieg der Temperaturen im Frühjahr ist das Stadtbild vieler steirischer Städte wieder von organisierter Bettelei geprägt. Dem Bürger wird suggeriert, dass dutzende, ja hunderte obdachlose Menschen in der Grünen Mark gezwungen wären, auf Knien bettelnd ihren Unterhalt zu bestreiten.

Es ist ein Anblick, der insbesondere Touristen erschauern lässt und eigentlich völlig konträr zu den sozialen Standards in Österreich steht. Besonders an öffentlichen Orten kommt es laufend zu unzumutbaren Belästigungen der Bürger. Durch das aggressive Vorgehen der Bettelbanden, die auch nicht davor zurückschrecken, in ländlichen Gebieten von Haus zu Haus zu ziehen, wird die heimische Bevölkerung teilweise massiv bedrängt. Aus diesem Grund ist es notwendig, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um diese Missstände zu beseitigen.

Der organisierten Bettelei den Riegel vorschieben

Aus freiheitlicher Sicht ist es angesichts des breitgespannten sozialen Netzes keineswegs notwendig, Betteln als Einkunftsquelle zu sehen. Vielmehr handelt es sich bei den Bettelaktivitäten in der Steiermark zumeist um eine von langer Hand geplante Ausbeutung von Menschen, wie auch eine im Jahr 2014 von den Freiheitlichen initiierte Überwachung der Grazer Bettlerszene belegte.

Es ist völlig unverständlich, warum Schwarz und Rot in Untätigkeit verharren, während unzählige Menschen in mafios organisierten Strukturen zum Betteln gezwungen werden. Die Freiheitlichen treten darum für sektorale Bettelverbote ein, um der Bettelmafia endlich das Handwerk zu legen.

Verbot der gewerbsmäßigen Bettelei und des Haus-zu-Haus-Bettelns

Vor fünf Jahren hat der Verfassungsgerichtshof das generelle Bettelverbot in der Steiermark als verfassungswidrig aufgehoben. Die Freiheitlichen fordern seitdem eine verfassungskonforme Lösung und haben bereits unzählige Anträge zur Lösung der Bettelproblematik eingebracht, die von SPÖ und ÖVP jedoch konsequent abgelehnt oder schubladisiert wurden. Konkret geht es darum, das Haus-zu-Haus-Bettel und die gewerbsmäßige Bettelei zu verbieten. Zudem sollten die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, sektorale Bettelverbotszonen zu verordnen. Die Untätigkeit von SPÖ und ÖVP führt allerdings dazu, dass Menschen in der Steiermark nach wie vor durch organisierte Bettelbanden ausgebeutet werden. Auch Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer ist sich offensichtlich nicht zu schade, die Bettelproblematik zu verharmlosen und den Bettelbanden damit Tür und Tor für das Geschäft mit dem Leid von Menschen zu öffnen.

Die Politik von **SCHWARZ** **ROT**

Ein schwarz-roter Gemeindeskandal jagt den nächsten!

180 Konsumationen auf Gemeindegeldern, überhöhte Grundstückspreise und zig fragwürdige Reisekostenabrechnungen: Die Geschichte eines schwarzen Ortskaisers ohne Schuldbewusstsein.

In den vergangenen Jahren ereignete sich in der Steiermark eine unglaubliche Vielzahl an kommunalpolitischen Finanzskandalen. Die ohnehin bereits umfangreiche und lange Liste von Gemeinden, in denen sich teils unfassbare Verschwendungsfälle ereignet haben, ist in den vergangenen Wochen sogar noch um ein paar Gemeinden länger geworden. Verantwortlich für den praktizierten Steuergeldmissbrauch waren macht- hungrige rot-schwarze Ortskaiser und die Untätigkeit der Landesregierung.

Steuierzahler bekommt 180 Konsumationen aufge- brummt

Ein besonders pikanter Fall ist unlängst durch eine umfassende Prüfung des Landesrechnungshofs in der mehrheitlich

ÖVP-regierten Kommune Lannach aufgedeckt worden. So wurde festgestellt, dass der schwarze Bürgermeister 180 Konsumationen, eine davon spätabends in einer Bar in Amsterdam, ohne das entsprechende Gemeindeinteresse zu dokumentieren, dem Steuerzahler verrechnete. Darüber hinaus wurden von diesem schwarzen „Vorzeigefunktionär“ auch Reisekosten meist ohne Angaben des Reisezwecks verrechnet. Dem nicht genug wurde vom obersten Kontrollorgan des Landes die rechtswidrige Ausgabe von Wahlkarten, Grundstücksankäufe zu überhöhten Preisen und unzulässige Direktvergaben aufgedeckt.

Staatsanwaltschaft bereits eingeschaltet

Der Landesrechnungshof sah sich mittlerweile bereits gezwungen, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Die Justizbehörden sollen nun dem Vorwurf der Untreue und

des Amtsmissbrauches nachgehen. Trotz der belastenden Sachlage ist sich der betroffene ÖVP-Bürgermeister Josef Niggas keiner Schuld bewusst. Vielmehr nutzte er die mediale Berichterstattung über die skandalösen Vorgänge, um in unseriöser Art und Weise den Landesrechnungshof und seine Mitarbeiter zu kritisieren.

Landesregierung schweigt wieder einmal

Besonders befremdlich ist angesichts der skandalösen Vorgänge, dass sich weder ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer noch der zuständige SPÖ-Gemeindereferent Michael Schickhofer zu den Missständen in Lannach klar geäußert haben. Es obliegt auch in diesem Fall der FPÖ, auf politischer Ebene für Aufklärung im Sinne der Bürger zu sorgen. Nachdem rot- und schwarz-geführte Gemeinden mittlerweile gleichermaßen oft in solche Skandale verwickelt sind, haben sich die selbsternannten „Zukunftspartner“ offenbar auf ein großkoalitionäres Schweigeabkommen verständigt.



Spitalsschließungen im Bezirk Liezen

Landesregierung verkündet Schließungspläne

Schon länger waren die umstrittenen Pläne der schwarz-roten Landesregierung bekannt, wonach diese die Errichtung eines Zentralkrankenhauses im Bezirk Liezen anstrebt. Mitte Mai verkündete Landesrat Christopher Drexler schließlich den Standort „seines“ neuen Leitspitals. Dieses soll bis zum Jahr 2025 in der Gemeinde Stainach-Pürgg eröffnet werden. Als Konsequenz werden die Spitäler in Rottenmann und Bad Aussee bis dahin geschlossen und das Leistungsangebot des Schladminger Krankenhauses massiv reduziert werden. Bei den Konzepten hinsichtlich einer Nachnutzung der bisherigen Standorte und bezüglich einer Gesamtlösung für die Verkehrsproblematik im Bezirk Liezen blieben ÖVP und SPÖ hingegen mehr als vage.

Ländlicher Raum als großer Verlierer

Mit einer Zentralisierung der Gesundheitsversorgung geht immer auch die Gefahr einer Schwächung der Peripherie einher. Denn wenn es neben fehlender Kassenärzte auch keine adäquaten Spitalstrukturen mehr gibt, wird es insbesondere für junge Familien immer unattraktiver, sich abseits der Ballungszentren niederzulassen.

Der ländliche Raum ist folglich bisher der große Verlierer der sogenannten Gesundheitsreform. An dieser Tatsache können auch die zahlreichen Lippenbekenntnisse schwarz-roter Politiker nichts ändern.



Interview mit
LAbg.
Albert Royer
(Bezirksparteiobmann Liezen)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Warum sprechen Sie sich gegen das Zentralkrankenhaus im Bezirk Liezen aus?

Royer: *Prinzipiell sind Reformen im Gesundheitsbereich durchaus zu befürworten. Die von der Landesregierung geplanten Spitalsschließungen werden jedoch zu einer Zentralisierung der Versorgungssituation führen. Darüber hinaus müsste mit der Umsetzung des Projekts auch eine Lösung der verworrenen Verkehrssituation im Bezirk Liezen einhergehen. Eine solche ist jedoch bis zur geplanten Errichtung des neuen Spitals im Jahr 2025 mehr als fraglich.*

Wir Steirer: Wie bewerten Sie die von Landesrat Christopher Drexler ausgegebene Jobgarantie für die an den bisherigen Standorten tätigen Mitarbeiter?

Royer: *Natürlich ist es erfreulich, dass kein KAGes-Mitarbeiter vor die Türe gesetzt werden soll. Dies muss angesichts des von ÖVP und SPÖ selbst verschuldeten Mangels an Krankenhauspersonal jedoch ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein. Viel größere Sorgen machen wir uns um die zahlreichen Arbeitsplätze außerhalb der KAGes, die ebenso von der Existenz der Spitäler abhängig sind. Für diese gilt die von der Landesregierung ausgegebene Jobgarantie wohl kaum.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Brennpunkt Krankenhaus: Hunderte Übergriffe auf Personal

Sowohl die umfassende medizinische Behandlung von kranken Menschen als auch die sorgsame Betreuung von Pflegebedürftigen zählen zu den Kernaufgaben eines Sozialstaates. Die Politik hat dementsprechend eine besondere Verantwortung, ein bestmögliches Versorgungsumfeld zu gewährleisten. Dazu müssen sich jedoch die Patienten und Angestellten in den heimischen Spitälern und Pflegeheimen uneingeschränkt sicher fühlen können. Wie sich nun aus der Beantwortung einer Anfrage der FPÖ Steiermark an die Landesregierung ergibt, ist dies leider zunehmend nicht der Fall.

Über 500 Vorfälle allein am LKH Graz Süd-West

Die Zahlen zeichnen ein erschreckendes Bild der Sicherheitslage in den heimischen Krankenanstalten. So wurden laut einem internen KAGes-Bericht im vergangenen Jahr beispielsweise 20 Vorfälle am LKH Hartberg, 55 Übergriffe am Univ.Klinikum Graz und unvorstellbare 531 Aggressionsprotokolle am LKH Graz Süd-West verzeichnet. Auch an anderen Spitalstandorten kam es 2017 regelmäßig zu Angriffen auf das Personal, entweder durch Patienten oder durch deren Angehörige. Bei den dokumentierten Übergriffen handelte es sich keineswegs um Kavaliersdelikte, sondern um Belästigungen, Beleidigungen und auch körperliche Gewalt.

Forderndes und respektloses Verhalten

Mitverantwortlich für das steigende Belastungspotential für die Krankenhausmitarbeiter ist nicht zuletzt die zunehmende Anzahl von Patienten ausländischer Herkunft. So fühlen sich mehr als die Hälfte der Mitarbeiter, die regelmäßig Personen mit Migrationshintergrund betreuen, hohen Belastungen ausgesetzt. Diese resultieren vor allem aus Sprachbarrieren sowie aus dem als fordernd und respektlos empfundenen Verhalten dieser Patienten, insbesondere gegenüber Frauen.

Forderung nach effektiveren Schutzmaßnahmen

Angesichts der hohen Anzahl an Übergriffen sind die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen in den Spitälern offensichtlich nicht ausreichend. Ein effektiverer Schutz der KAGes-Mitarbeiter, wie ihn die FPÖ Steiermark bereits mehrmals gefordert hat, muss dementsprechend das Gebot der Stunde sein. Anzudenken wäre etwa die Einführung sogenannter „BodyCams“ (Körperkameras) für das Sicherheitspersonal, wie zuletzt in Tirol umgesetzt. Die Politik muss ihrer Verantwortung endlich wieder nachkommen. Schließlich darf es beim Schutz unserer Krankenhaus-Mitarbeiter keine Kompromisse geben.



Licht und Schatten

Ein Beitrag von Gerhard Kurzmann



Dr. Gerhard Kurzmann ist Kultursprecher der freiheitlichen Landtagsfraktion und 3. Landtagspräsident.

Während die Ausstellung über Peter Rosegger unter der wissenschaftlichen Leitung von Gerald Schöpfer durchaus ansprechend Leben und Werk des steirischen Dichters darstellt, stößt die aktuelle Schau im Museum für Geschichte „100 mal Steiermark“ vielfach auf herbe Kritik.

Es ist vor allem die triviale Zurschaustellung unserer Kunstschatze wie des steirischen Herzogshutes im Joanneum, die namhafte

Wissenschaftler wie der Kunsthistoriker Prof. Horst Schweigert oder HR Peter Krenn, der frühere Direktor des Grazer Zeughauses, zu Recht in der „Kleinen Zeitung“ öffentlich aufzeigten.

Peter Koch, umtriebiger Ausstellungsgestalter, rief sogar das Bundesdenkmalamt zum Schutz der Kulturgüter an.

Was steckt dahinter, dass das Joanneum nicht aus der Diskussion kommt? Sind es die Sparzwänge des Budgets, die geringen Mittel, die für Ausstellungen zur Verfügung stehen?

Die Themen sind es wohl nicht. Denn „Passarowitz 1718“, im Zeughaus von Prof. Harald Heppner informativ gestaltet, erklärt die weitreichenden Folgen dieses Friedensschlusses für das Habsburgerreich, wie für das Osmanische Reich und den gesamten Balkanraum äußerst anschaulich.

Es ist die Verantwortung des zuständigen Kulturlandesrates der Kritik nachzugehen und auf eine attraktive Präsentation unserer kulturellen Schätze zu drängen.



Faksimile: „Kleine Zeitung“ vom 27.02.2018

KASACHISCHE PERLEN

Im Schloß Esterhazy in Eisenstadt fand im April ein außergewöhnliches Konzert junger kasachischer Musiker statt. Auf Einladung des kasachischen Botschafters Kairat Sarybay und des Honorarkonsuls für Steiermark und Burgenland OMR Prim. Prof. Dr. Günter Nebel gab das kasachische Ensemble „Alatau“ anlässlich des kasachischen Frühlingsfestes „Nauryz Meyrami“ im berühmten Haydnssaal eine Probe seines Könnens.



v.l.n.r.: Der 2. Landtagspräsident des Burgenlandes Ing. Rudolf Strommer, Honorarkonsul Dr. Günter Nebel, der 3. Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann, Gerti Triebel, Botschafter der Republik Ukraine Dr. Olexander Scherba und der Gastgeber Botschafter Kairat Sarybay.



Dr. Stefan Wedrac beim Vortrag.



Ernst Brandl, Stefan Hermann, Stefan Wedrac, Mario Eustacchio und Armin Sippel beim Kulturforum.



Im heurigen Jahr feiert Österreich das Jubiläum „100 Jahre Republik“. Für das Kulturforum Steiermark Grund genug, sich mit diesem Thema näher zu befassen.

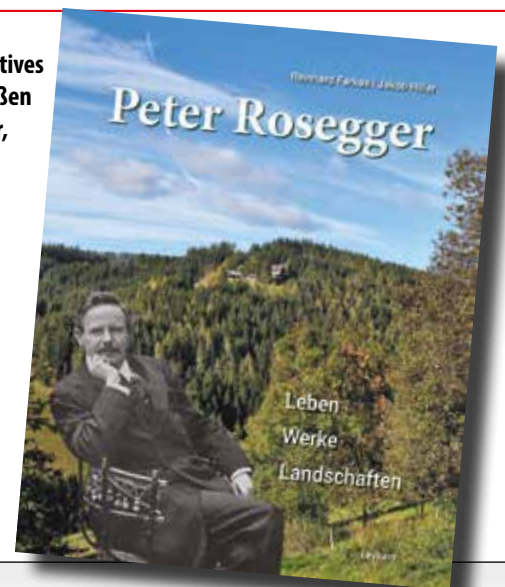
Als ausgewiesener Experte für die Geschichte Triests gab der Vortragende Dr. Stefan Wedrac von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften einen fundierten Einblick in die wechselvolle Geschichte der ehemaligen Habsburgerstadt, der sich zusammengefasst wie folgt darstellen lässt: „Triest war bereits vor Ausbruch des Krieges von nationalen und

sozialen Spannungen sehr erfasst. All dies hat sich im Ersten Weltkrieg noch einmal verstärkt. Die extreme Kriegssituation führte zu einem sehr restriktiven Verhalten der Behörden. Im Zuge und gegen Ende des Krieges kam es zu einer Massenflucht aus Triest, was auch Auswirkungen auf die Steiermark hatte, wobei vor allem Graz als Refugium der Geflüchteten diente.“

DER AKTUELLE BUCHTIPP:

Ein neues, informatives Buch über den großen steirischen Dichter, das viele neue Facetten zeigt, ist im Buchhandel erschienen.

(Reinhard Farkas & Jakob Hiller, Leykam Verlag, 136 Seiten, €24,90)



Ein Konzert der besonderen Art: Das kasachische Ensemble „Alatau“ intonierte den „Klang der großen Steppe“.

Steirische Jugend steht auf Politik



Ein gemeinsames Foto der Jungfreiheitlichen mit den Ehrengästen durfte nicht fehlen.

Am 12. Mai 2018 fand die mittlerweile schon traditionelle Frühjahrsklausur des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) in Semriach statt. Dabei nutzten zahlreiche Jugendliche aus der ganzen Steiermark das umfangreiche Seminarangebot und bildeten sich in den Bereichen Gemeindeordnung, Parlamentarismus und Rhetorik fort.

Doch nicht nur die Seminare fanden großen Anklang. So wurde auch das abendliche Kamingsgespräch, bei dem die Jungfreiheitlichen auf Tuchfühlung mit Spitzenfunktionären der FPÖ gehen konnten, sehr gut besucht. Dieses Jahr konnten EU-Abgeordneter Dr. Georg Mayer sowie Landtagsabgeordneter und Klubobmann der steirischen Freiheitlichen Mag. Stefan Hermann für interessante Diskussionen gewonnen werden. Zusammen

mit der RFJ-Landesobfrau Landtagsabgeordneter Liane Moitzl wurde über aktuelle politische Entwicklungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene diskutiert.

Zahlreiche Ehrengäste konnten begrüßt werden, darunter die Nationalratsabgeordnete Axel Kassegger, Günther Kumpitsch und Sepp Riemer sowie Bundesrat Peter Samt. Auch der Wiener Stadtrat und RFJ-Bundesobmann Maximilian Krauss und Landesgeschäftsführer der FPÖ Steiermark, Landtagsabgeordneter Anton Kogler waren bei der Veranstaltung dabei. Ein Clubbing bildete den Abschluss dieses ereignisreichen Tages, bei dem sowohl die Vernetzung der einzelnen RFJler untereinander als auch Kameradschaftspflege im Vordergrund standen.

In den Seminaren wurde Wert auf gruppenspezifische Arbeiten gelegt, um zu Lösungen zu kommen.



MEP Georg Mayer, LABg. Liane Moitzl und Klubobmann Stefan Hermann beim traditionellen Kamingsgespräch.

Freiheitliche sammelten über 2.500 Kilogramm Tierfutter!

Die FPÖ Steiermark sammelte in den vergangenen Wochen in der gesamten Steiermark Hunde- und Katzenfutter. FPÖ-Landesparteiohmann Mario Kunasek und Landespartei sekretär Stefan Hermann zogen eine sehr positive Bilanz über diese Aktion, denn die Bevölkerung erwies sich als ausgesprochen hilfsbereit. Insgesamt kamen unglaubliche 2.500 Kilogramm an entsprechenden Futtermitteln zusammen. Die Spenden wurden im Anschluss von den FPÖ-Bezirksobleuten, zusammen mit der FPÖ-Tierschutzsprecherin Liane Moitzi und dem Landesgeschäftsführer der steirischen Freiheitlichen Anton Kogler, an Tierschutzorganisationen und Tierheime übergeben, deren Mitarbeiter sich über die Spendenbereitschaft so vieler Steirer erfreut zeigten.



Die FPÖ Graz-Umgebung übergab das gesammelte Tierfutter an „Purzel und Vicky“ in Vasoldsberg.



Eine beträchtliche Tierfutterspende konnte die FPÖ Hartberg-Fürstenfeld dem Tierschutzverein „Notfelle Steiermark“ in Pöllauberg übergeben.



Das „Tierheim Adamhof“ freute sich über viele Spenden im Bezirk Leibnitz.



Die FPÖ Südoststeiermark konnte für die „Tierhilfe für Ungarn“ in Bad Gleichenberg und „Willis Katzenhöhle“ in St. Peter am Ottersbach reichlich Futter sammeln.



Die FPÖ Voitsberg übergab dem „Tierheim Franziskus“ eine große Menge an Tierfutter.



Futterspendenübergabe an das „Tierheim Murtal“ und den „Tierschutzverein Judenburg“.



Übergabe des gesammelten Tierfutters an den „Tierschutzverein Leoben“.



BÜRO KUNASEK –

Das freiheitliche Bürgerbüro

**Ansprechstelle für alle Anliegen von Bürgern.
Egal ob Politisches, Soziales oder Verwaltungs-
abläufe – wir sind immer für euch da!**

T: +43 (0) 316 / 375 300

E: mkunasek@fpoe-stmk.at

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI